



Presseschau vom 11.11.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Beata Arnold: „Auseinandersetzungen kein Normalfall der Beziehungen“: Die deutsch-russische Geschichtstrilogie

Politische Agenda prägt auch Geschichtsschreibung. Die deutsch-russische Historikerkommission will die Vergangenheit beider Länder gemeinsam erzählen. Eine drei Jahrhunderte umspannende Trilogie liegt nun komplett vor. Herausgeber Horst Möller beleuchtet die Streitfragen und was sich Politiker aktuell zur Verständigung abschauen könnten. ...

<https://sptnkne.ws/ErFv>

Armin Siebert: Corona-Impfstoff: Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie ...

Die Euphorie ist groß, seit am Montag ein Corona-Impfstoff mit angeblich 90-prozentigem Schutz vor der Krankheit angekündigt wurde. Blitzschnell hat die EU sich Millionen Impfdosen gesichert. Massenimpfungen sind geplant. Aber was passiert, wenn die neuen Wundermittel plötzlich doch Schwächen oder gar Nebenwirkungen und Spätfolgen zeigen?

<https://sptnkne.ws/EsbD>

Nikolaj Jolkin: Was wird Biden anders als Trump machen – ehemaliger US-Botschafter in Russland McFaul

Joe Biden hat nach seiner offiziellen Bestätigung als neuer US-Präsident zum Unterschied von Trump nicht die Absicht, Freundschaft mit Präsident Putin zu suchen, sagte in russischen

Medien der Ex-Botschafter in Russland, Michael McFaul, und gar keine Deals nach der Art von Trump abzuschließen. Die Beziehungen zu Europa werden sich aber verbessern.

<https://sptnkne.ws/Esd3>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Westbalkan-Staaten wollen ihre Wirtschaften stärker an EU anpassen**

Die Westbalkan-Staaten wollen sich in Wirtschaft und Klimaschutz stärker an die Europäische Union anpassen. Vertreter von sechs Staaten unterzeichneten am Dienstag zwei entsprechende Deklarationen zu einem regionalen gemeinsamen Markt und zu einer „Grünen Tagesordnung“, meldet die Deutsche Presse-Agentur aus Sofia.

Das Video-Gipfeltreffen fand im Rahmen des so genannten Berliner Prozesses statt - eine Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel, mithilfe derer die Westbalkan-Staaten Albanien, Serbien, Nordmazedonien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und das Kosovo an die EU herangeführt werden sollen.

Bulgarien als Gastgeber des Treffens

Gastgeber des Gipfeltreffens waren Bulgariens Regierungschef Boiko Borissow und sein Amtskollege aus Nordmazedonien, Zoran Zaev, der trotz der Corona-Pandemie nach Sofia kam. Zaev wurde dort persönlich von Borissow begrüßt, der in den vergangenen zwei Wochen an Covid-19 erkrankt war, nach einem negativen Test jetzt aber nicht mehr unter Quarantäne steht.

Engere Kooperation geplant

Der regionale gemeinsame Markt hat das Ziel, die Volkswirtschaften der Westbalkan-Staaten durch die Freizügigkeit von Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zu verbinden, wie die bulgarische Regierung mitteilte. Die regionale „Grüne Tagesordnung“ sei im vollen Einklang mit den Bemühungen der EU im Kampf gegen den Klimawandel, hieß es.

„Lasst uns nicht vergessen, dass der Westbalkan ein Markt von etwa 20 Millionen Menschen ist“, sagte Borissow. Dies würde den jüngeren Menschen Perspektiven geben, die jetzt „mit schnellem Tempo“ auswanderten.

An dem Berliner Prozess, der 2014 initiiert wurde, sind neben den Westbalkan-Staaten auch Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien, Kroatien, Slowenien, Großbritannien, Polen, Griechenland und Bulgarien beteiligt.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/0a/328382505_0:278:3072:1940_1000x080_0_1_d711b63e51020e05bffd3dc81849e84a.jpg

deutsch.rt.com: **Venezolanische Regierung bekommt Botschaft in Bolivien zurück – ausgeplündert von Guaidó-Team**

Die venezolanische Regierung hat ihre Botschaft in Bolivien unter eigene Kontrolle zurückbekommen. Bei einem Besuch in der diplomatischen Vertretung beschwerte sich Außenminister Jorge Arreaza über die Verwüstung, die das Team von Juan Guaidó dort angerichtet hatte.

Der venezolanische Außenminister Jorge Arreaza hat am Montag mitgeteilt, dass die Botschaft seines Landes in der bolivianischen Hauptstadt La Paz von Vertretern des selbsternannten Präsidenten Juan Guaidó ausgeplündert worden sei. Dem Diplomaten zufolge hätten die selbsternannten Diplomaten um José Gregorio Cumare Hernández das Gebäude regelrecht "ausgeräumt":

„Sie nahmen Bücher, Computer und Kunstwerke mit. Sie ließen sogar eine Büste von Simón Bolívar mitgehen.“

Das Ministerium dokumentierte auf Twitter die Inspektion von Arreaza in der Botschaft. Beim Rundgang durch das Gebäude nannte der Chefdiplomat die dort angerichtete Verwüstung einen politischen, ideologischen und historischen Kannibalismus. Guaidó wolle auf die gleiche Weise ganz Venezuela ausplündern.

Nachdem die Regierung in Venezuela ihre Botschaft in La Paz zurückbekommen hatte, ersetzte Arreaza die Porträts des selbsterklärten Staatsoberhauptes Guaidó mit Bildern des "Befreiers" Simón Bolívar und des amtierenden Präsidenten Nicolás Maduro. Anschließend führten andine Schamanen ein Q'oa-Ritual durch, um das Gebäude von negativer Energie zu befreien und das neue diplomatische Korps zu segnen. Zum Botschafter wurde Alexander Yáñez ernannt, der zuvor das Amt des Vizeaußenministers für Multilaterale Angelegenheiten bekleidet hatte.

Nach der Entmachtung von Präsident Evo Morales in Bolivien im November 2019 hatte die Interimspräsidentin Jeanine Áñez nach den USA und Deutschland Guaidó als Staatsoberhaupt Venezuelas anerkannt. Die venezolanische Botschaft wurde dem von ihm designierten diplomatischen Korps zur Verfügung gestellt. Die im Oktober 2020 durchgeführten Neuwahlen gewann der frühere Wirtschaftsminister Luis Arce von der Partei MAS.

Nach seiner Verteidigung am Sonntag ging die venezolanische Botschaft an die Regierung in Caracas zurück. Auch der ehemalige bolivianische Staatsoberhaupt und MAS-Vorsitzende Morales kehrte inzwischen aus seinem Exil in Argentinien nach Bolivien zurück.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.11/article/5faa6a6f48fbef25893407c2.JPG>

de.sputniknews.com: **Russland wird weiterhin seine Atomstreitmacht modernisieren – Putin**

Laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin wird sein Land die eigene Atomstreitmacht angesichts der gegenwärtigen militärpolitischen Risiken weiter modernisieren.

„Unter Berücksichtigung der aktuellen militärpolitischen Risiken werden wir unsere strategischen Nuklearstreitkräfte auch weiter modernisieren und alle ihre Komponenten systematisch stärken. Ich möchte darauf hinweisen, dass in den letzten Jahren vorrangig neue Raketen- und Luftfahrtsysteme an Armee und Marine ausgeliefert werden. Infolgedessen beträgt der Anteil der modernen Waffen in den strategischen Nuklearstreitkräften bereits 82 Prozent“, sagte Putin bei einem Treffen mit Führungskräften des Verteidigungsministeriums, Leitern der föderalen Behörden und Unternehmen der Verteidigungsindustrie. Er stellte fest, dass das erste Regiment, welches mit dem Hyperschall-Raketenkomplex „Avangard“ bewaffnet ist, bereits in den Bereitschaftsdienst aufgenommen sei. Putin zufolge wird Russland sein nukleares Potenzial auch in Zukunft auf dem Niveau der notwendigen Suffizienz halten. Zugleich gab er an, dass das Land keine Absicht habe, sich auf ein zermürbendes Wettrüsten einzulassen, zumal es heutzutage keine solche Notwendigkeit gebe. „Wir werden das intellektuelle Potenzial, unsere wissenschaftlichen Schulen, Vorläufe, die notwendige Infrastruktur anwenden, und haben nicht vor, auf ein zermürbendes Wettrüsten einzugehen, sich darauf einzulassen. Wir werden dies nicht tun. Und das brauchen wir heute nicht“, so der russische Präsident.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32551/82/325518259_0:360:2050:1469_1000x0_80_0_1_d105cf4960b5abe4f72d35d7153688c1.jpg

de.sputniknews.com: **Weißrussland als „Provinz Polens oder Litauens“? – „Nur über meine Leiche“ – Lukaschenko**

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko ist am Dienstag bei einem Treffen in Minsk auf das Thema der militärischen Sicherheit eingegangen und hat erklärt, mit allen Kräften die Versuche verhindern zu wollen, sein Land zu einer „Provinz Polens oder Litauens“ zu machen.

Lukaschenko verwies dabei auf die Tatsache, dass Warschau am Montag ein erweitertes Stationierungsabkommen mit den USA ratifiziert habe.

„Sie haben doch gestern gehört, dies ist auch sehr wichtig: Polen und die Vereinigten Staaten haben ein weiteres Abkommen über militärische Zusammenarbeit unterzeichnet. Es werden nun neue Kontingente von Militärpersonal aus den USA - nicht aus Deutschland - nach Polen gebracht. Die Frage ist: warum? Wenn es jemand von den unsrigen nicht versteht, insbesondere jene von diesen Protestlern, mögen sie darüber nachdenken, dass die Situation nicht so einfach ist. Wenn jemand Weißrussland zu einer Provinz Polens oder Litauens machen will, dann nur über meine Leiche. Sie müssen das verstehen“, zitiert die staatliche Agentur Belta Lukaschenko.

Der polnische Staatspräsident Andrzej Duda hat am Montag das im August ausgehandelte erweiterte Truppenstationierungsabkommen mit den USA ratifiziert. Es sieht einen

umfangreichen Ausbau der US-amerikanischen militärischen Infrastruktur vor. So soll nicht nur die Zahl der dauerhaft in Polen anwesenden Armeeangehörigen um 1.000 auf 5.500 erhöht werden, die Kapazität der geplanten Bauten soll ausreichen, um bis zu 20.000 US-Soldaten stationieren zu können. In Poznan entsteht Berichten zufolge ein neues Hauptquartier für eine Division und ein Armeekorps, im nahegelegenen Powidz die Basis für ein Transportgeschwader, einschließlich 30 unterirdischer Munitionsbunker, im zentralpolnischen Lask ein Stützpunkt für 24 Kampfdrohnen. Warschau verpflichtet sich in dem Abkommen, bis zu einer halben Milliarde Zloty (110 Millionen Euro) jährlich zu den laufenden Betriebskosten der US-Truppen beizutragen.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/06/328364193_0:235:2079:1360_1000x080_0_1_9b08d57ed6d596eda15ac53bcea575b2.jpg

de.sputniknews.com: **Alijew spricht von gleicher Beteiligung der Türkei und Russlands an Karabach-Regelung**

Aserbaidshans hat laut dem Staatschef Ilham Alijew eine gleichberechtigte Rolle Russlands und der Türkei bei der Beilegung des Karabach-Problems durchgesetzt.

„Baku hat immer die gleiche Rolle Russlands und der Türkei in diesem Konflikt gewollt und es geschafft“, sagte Alijew nach einem Treffen mit dem Außenminister, dem Verteidigungsminister und dem Aufklärungschef der Türkei.

Tandem Baku-Ankara

„Heute haben mein teurer Bruder (Recep Tayyip Erdogan – Anm. der Red.) und ich gemeinsame türkisch-russische Aktivitäten in einem Zentrum für die Kontrolle der Feueinstellung erörtert. Ich glaube, das ist ein extrem wichtiger Schritt. Das ist ein neues Format der Kooperation in der Region“, sagte Alijew nach Angaben seines Pressedienstes.

Dreiseitige Vereinbarung ohne Türkei getroffen

Zuvor hatten sich Russlands Präsident Wladimir Putin, sein aserbaidshansischer Amtskollege Alijew und Armeniens Regierungschef Nikol Paschinjan auf eine dauerhafte Feueinstellung in der Region geeinigt. Laut Putins Erklärung beginnt die Feuerpause am 10. November.

Aserbaidshans und Armenien behielten ihre aktuellen Positionen an der Frontlinie und hätten die Kriegsgefangenen auszutauschen, sagte Putin.

Sein Sprecher Dmitri Peskow stufte die Vereinbarung als einen Sieg der beiden verfeindeten Länder Armenien und Aserbaidshans ein, weil „der Krieg beendet wurde“.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/0a/328382696_0:417:3013:2047_1000x080_0_1_26257d0af45d2acde4f07d967187f6a5.jpg

vormittags:

de.sputniknews.com: Selenski bittet Merkel um Mithilfe bei Lieferung von Corona-Impfstoff

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski hat mit Bundeskanzlerin Angela Merkel per Telefon die Möglichkeit besprochen, den Corona-Impfstoff, der derzeit von BioNTech und Pfizer entwickelt wird, für Kiew zur Verfügung zu stellen.

„Wir begrüßen den Vorsprung, den die deutsche Firma BioNTech zusammen mit dem amerikanischen Unternehmen Pfizer bei der Entwicklung eines Impfstoffes gegen das Coronavirus erzielt hat“, heißt es auf der offiziellen Seite des ukrainischen Staatschefs. Ferner sagte Selenski in dem Telefonat:

„Das ist eine sehr aussichtsreiche Mitteilung. Ich würde um Ihre Mithilfe bei der Berücksichtigung der Interessen der Ukraine bei der Planung von Lieferungen des Corona-Impfstoffs bitten.“

Während des Gesprächs wünschte die Bundeskanzlerin dem ukrainischen Staatschef, bei dem am Montag die Corona-Infektion nachgewiesen worden war, eine schnelle Genesung.

„Die Seiten haben die weitere Koordinierung der Bemühungen bei der Bekämpfung der Pandemie-Folgen vereinbart.“

Der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert, teilte mit, dass Merkel und Selenski unter anderem die Lage in der Ostukraine erörtert hätten.

„Sie vereinbarten, auf Grundlage der jüngsten Fortschritte weiter im Normandie-Format an der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu arbeiten.“

Corona-Impfstoff

Die deutsche Firma BioNtech und der US-Konzern Pfizer hatten am Montag bekanntgegeben, dass ihr Impfstoff einen mehr als 90-prozentigen Schutz vor Covid-19 bietet.

Für Deutschland sollen laut den Erwartungen von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn nach der Zulassung des Corona-Impfstoffs des Mainzer Unternehmens BioNtech bis zu 100 Millionen Dosen des Serums zur Verfügung stehen.

Das Virus Sars-CoV-2 wurde erstmals Ende Dezember in China entdeckt und breitete sich innerhalb von wenigen Monaten über den Globus aus. Das Epizentrum der neuartigen Krankheit war die Stadt Wuhan in der chinesischen Provinz Hubei. Am 11. März stufte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Ausbruch der Infektion als Pandemie ein.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32578/11/325781170_0:0:3072:1663_1000x0_80_0_1_6e52c5db9e8cac6a0de27e64e5360916.jpg

de.sputniknews.com: **Türkei an Herstellung von russischem „Sputnik V“-Impfstoff interessiert**

Die Türkei zeigt Interesse an der Herstellung des Impfstoffs „Sputnik V“ mittels der Kapazitäten von türkischen Pharmaunternehmen. Dies teilte der Pressedienst des russischen Gesundheitsministeriums mit.

Auf Initiative der türkischen Seite haben am Dienstag Verhandlungen des russischen Gesundheitsministers Michail Muraschko und seines türkischen Amtskollegen Fahrettin Koca stattgefunden.

„Der türkische Gesundheitsminister äußerte Interesse an der Produktion des ‚Sputnik V‘-Impfstoffs durch die Kapazitäten der türkischen Pharmahersteller nach der Durchführung von toxikologischen Untersuchungen, die von der lokalen Gesetzgebung vorgesehen sind“, heißt es in der Mitteilung.

Muraschko sprach demnach seinem türkischen Amtskollegen die Bereitschaft zur Einleitung solcher Forschungen in einem zertifizierten Laboratorium zu.

„Die Seiten haben vereinbart, in den nächsten Tagen mit der Umsetzung der Verabredungen zu beginnen“, so das russische Gesundheitsministerium. ...

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 10. November 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Gleichzeitig werden auf dem von den BFU kontrollierten Territorium weiter Detonationen von Sprengeinrichtungen registriert:

- 10:50 Uhr im Gebiet von Stschastje.

deu.belta.by: **Lukaschenko lädt Polen zum Dialog über die Zukunft der Beziehungen ein**

Der belarussische Präsident, Alexander Lukaschenko, hat im Namen des belarussischen Volkes dem Präsidenten Polens, Andrzej Duda, und den Bürgern dieses Landes zum Nationalen Unabhängigkeitstag gratuliert. Das gab der Pressedienst des Staatschefs von Belarus der Nachrichtenagentur BelTA bekannt.

„Belarussen und Polen sind durch das Schicksal dazu bestimmt, in Frieden und Harmonie zusammenzuleben. Unter den heutigen schwierigen Umständen ist es notwendig, unsere gute Nachbarschaft als den wichtigsten Wert zu bewahren, den wir geerbt haben und an unsere Nachkommen weitergeben sollten“, hieß es im Glückwunschsreiben.

Alexander Lukaschenko lud Andrzej Duda zu einem konstruktiven Dialog über die Zukunft

der belarussisch-polnischen Zusammenarbeit. „Nur wenn wir zusammenarbeiten, werden wir in der Lage sein, bemerkenswerte Errungenschaften in Handel, Industriekooperation, Wissenschaft, Bildung und in anderen Bereichen zu bewahren. Dies liegt sowohl im nationalen Interesse beider Länder als auch in den Wünschen von Millionen von Menschen in unseren Ländern“, hob der Staatschef hervor.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 10. November 3:00 Uhr bis 11. November 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 3.

Das Territorium der DVR wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstands mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Mariupol: Antipanzergranatwerfer – einmal (3 Granaten); großkalibrige Maschinengewehre – einmal; Schusswaffen – einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Kominternowo, Leninskoje.

Um 13:40 Uhr wurde im Gebiet von Wodjanoje die Durchführung technischer Arbeiten festgestellt.

Um 14:30 und um 14:40 Uhr wurde im Gebiet von Peski die Durchführung von technischer Arbeiten festgestellt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse betrug 3.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

deu.belta.by: Parlament verurteilt Beschluss des Bundestags zu Belarus als "unverhohlene Einmischung"

Der Beschluss des Deutschen Bundestages zu Belarus ist eine unverhohlene Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Das geht aus einer gemeinsamen Erklärung der Parlamentssprecher der Ober- und Unterkammer, Natalja Kotschanowa und Wladimir Andrejtschenko, in Bezug auf die vom Bundestag am 4. November beschlossene Finanzspritze für unabhängige Medien in Belarus hervor.

„Wir betrachten den Beschluss des Bundestages zu Belarus als eine unverhohlene Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Landes. Die Ergebnisse der Präsidentenwahlen in Belarus bedürfen keiner Zustimmung durch ein ausländisches Parlament, genauso wie das gesetzliche Handeln der Staatsführung in Bezug auf die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung. Mit diesem Beschluss des Bundestages wird der erzielte Fortschritt in den belarussisch-deutschen Beziehungen zunichte gemacht. Der Bundestag lässt sich von konjunkturellen Interessen einzelner Politiker einfangen, die ihr politisches Kapital als „Kämpfer für Demokratie in Belarus“ bilden wollen und dabei das harte repressive Vorgehen der Polizei in ihrem eigenen Land außer acht lassen“, heißt es im Dokument.

„Es ruft Befremden hervor, dass die Bundestagsabgeordneten extremistische Telegram-Kanäle unterstützen, die in ihren Beiträgen offen zu terroristischen Taten in Belarus aufrufen, einem Land, das im Zweiten Weltkrieg unter dem deutschen Terror am schwersten gelitten hat. Mit Blick auf Belarus sollte der Bundestag mehr Respekt vor historischer Erinnerung haben und sich in seiner Lehrer-Rolle etwas zurückhaltender benehmen. Wir hoffen, dass im Deutschen Bundestag schließlich die politische Weisheit und der gesunde Menschenverstand die Oberhand gewinnen, dass unsere deutschen Partner die Situation in Belarus objektiv

einschätzen und die Beziehungen auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung, des konstruktiven Dialogs und des Interessenausgleichs fortsetzen werden“, heißt es in der Erklärung.

Lug-info.com: In der LVR sind am 10. November um 9:00 Uhr 1647 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 1370 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 116 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Maduro informiert über Tests von russischem Impfstoff „Sputnik V“**

Die Tests des russischen „Sputnik V“-Impfstoffs gegen das Coronavirus in Venezuela verlaufen laut dem Staatschef des lateinamerikanischen Staates, Nicolas Maduro, erfolgreich. „Die Tests des ‚Sputnik V‘-Impfstoffs in Venezuela laufen sehr gut“, sagte er. „Wir warten das Ende der Tests ab, um genaue Angaben vorzulegen“, fügte Maduro hinzu, dessen Aussagen von Medien zitiert werden.
Der Auftritt von Maduro wurde via Twitter übertragen. Venezuela hatte Mitte Oktober mit Tests des russischen Impfstoffs gegen Covid-19 begonnen. An dem Programm beteiligen sich 2000 Freiwillige. ...

мздр.рус: Am 10. November wurden in der DVR 681 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 199 positiv, bei sechs Patienten wurde die Diagnose COVID-19 aufgrund klinischer Merkmale gestellt.

Am 11. November um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 8198 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.
3595 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 3879 als gesund entlassen, es gibt 724 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 113 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 18 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 74 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 2151 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 503 mit Sauerstoffunterstützung (+28 in den letzten 24 Stunden).

de.sputniknews.com: **Griechischer Tanker kollidiert mit türkischem Fischerboot – fünf Vermisste**

Ein unter griechischer Flagge fahrender Tanker ist 15 Seemeilen vor der Stadt Karatas in der südtürkischen Provinz Adana mit einem türkischen Fischerboot kollidiert, berichtet „Haber Turk“ am Mittwoch.

Die Kollision soll sich in der Nacht ereignet haben. Fischer von anderen Booten hätten das Boot „Polatbey“ mit dem Kiel nach oben gefunden. Ihnen zufolge kenterte das Boot nach einer Kollision mit einem Schiff unter griechischer Flagge. Fünf Fischer würden derzeit vermisst. Die Suche nach den Vermissten laufe.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/0b/328383562_0:291:3161:2001_1000x080_0_1_4e27d13b96f1f3fc4a84dd2411e8c55d.jpg

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Großbrand im Registriercamp auf Samos – Brandstiftung vermutet**
Im Registriercamp von Vathy auf der griechischen Insel Samos ist am Mittwoch ein Großfeuer ausgebrochen. Das teilte der Bürgermeister von Vathy, Giorgos Stantzos, dem Athener Fernsehsender Mega mit.

Nach seiner Meinung handelt es sich offenbar um eine Brandstiftung. In mehreren Containerwohnungen seien Haushalts-Gasflaschen explodiert. Der Bürgermeister forderte die Regierung in Athen auf, alle Migranten „jetzt sofort“ zum Festland zu bringen. Laut örtlichen Medienberichten war das Feuer in den Küchen des Lagers ausgebrochen.

In dem Lager leben zurzeit rund 3800 Menschen. Diese Bewohnerzahl ist sechs Mal so hoch wie die Aufnahmekapazität des Lagers. In den vergangenen Monaten hatte es bereits mehrere Brände in und um dieses Lager gegeben.

Im August hatte ein Großbrand das größte Flüchtlingslager Griechenlands, Moria auf der Insel Lesbos, völlig zerstört. Die Staatsanwaltschaft hatte Anklage gegen fünf Migranten aus Afghanistan wegen Brandstiftung erhoben.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 11. November 2020

In den letzten 24 Stunden hat die ukrainische Seite **viermal den Komplex der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt.**

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen in Richtung der Positionen unserer Verteidiger in den Gebieten von **Kominternowo** und **Lebedinskoje** geschossen und außerdem technische Arbeiten auf ihren Positionen durchgeführt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 23. Bataillons der 56. Brigade in Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen technische Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung ihrer Positionen im Gebiet von Peski unternommen.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 56. Brigade vier Antipanzernkraketen auf das **Terminal des Flughafens von Donezk** abgefeuert und eine Antipanzernkrakete auf **Wesjoloje**. Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Außerdem wurde auf den Positionen des 23. Bataillons der 56. Brigade im Gebiet von Peski wieder die **Durchführung von technischen Arbeiten** zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen bemerkt.

Im Rahmen des Koordinationsmechanismus wurden diese Sachverhalte operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK mitgeteilt, um Maßnahmen zu ergreifen. In den letzten 24 Stunden wurde die **Stationierung eines Schützenpanzerwagens** der 54. mechanisierten Brigade im Gebiet von Nowobachmutowka bemerkt, was eine Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung ist.

Außerdem verminen Soldaten der 35. Marineinfanteriebrigade weiter das Territorium. 28 Antipanzermine wurden entdeckt, die von Kämpfern entlang einer Straße im Gebiet von Trawnwoje installiert wurden.

Diese Sachverhalte werden auch vom Bericht der OSZE-Mission vom 10.11.2020 bestätigt. Nach vorliegenden Informationen geriet gestern auf der Straße, die Trawnwoje und Dolomitnoje verbindet, wo zuvor Mitarbeiter der OSZE mehrfach die Verminung des Territoriums durch Kämpfer der BFU bemerkt haben, ein Einwohner von Trawnwoje auf eine Antipersonenmine PMN-2, die von Pionieren des 137. Bataillons der 35. Brigade installiert worden war. Der Vorfall wird vom Kommandeur des 137.

Marineinfanteriebataillons Rymarenko sorgfältig verheimlicht. Die Detonation wurde dem Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ und der ukrainischen Seite im GZKK als Durchführung von Minenräumarbeiten auf dem an die Positionen der BFU angrenzenden Territorium gemeldet.

Im Gebiet von Schirokino stellten wir den **Aufenthalt von Kämpfern der terroristischen Organisation „Rechter Sektor“** fest, die in einen Konflikts mit Marineinfanteristen des 501. Bataillons der 36. Brigade auf dem Hintergrund unterschiedlicher Ansichten über die Ereignisse in der Ukraine gerieten.

Die Radikalen, die durch ihre Unterstützung der nazistischen Ideologie bekannt sind, begaben sich, obwohl sie in der Minderheit waren, in ein Handgemenge mit den Kämpfer der 36. Brigade. Die Sache ging bis zum Einsatz von Stich- und Schusswaffen. Infolge des Konflikts wurden zwei Kämpfer des „Rechten Sektors“ und Marineinfanteristen des 501. Bataillons ins Krankenhaus eingeliefert.

Außerdem verließ der Matrose Gatschewskij, der die Rache von Seiten der Radialen fürchtete, eigenmächtig den Stationierungsort des Truppenteils.

Weitere **Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten** stellen wir in einem Panzergrenadierbataillon der 53. mechanisierten Brigade der BFU fest, wo eine Kommission des militärischen Rechtsordnungsdienstes zum Fall der Verletzung des Soldaten Potijtschuk arbeitet. Nach der offiziellen Version stürzte Potijtschuk bei der Bewegung auf dem Territorium des Bataillons durch eine Unvorsichtigkeit und erlitt eine Gehirnerschütterung und einen geschlossenen Bruch des rechten Arms. Aber die Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes stellten fest, dass Potijtschuk von den Kameraden Borowka und Simonenko verprügelt wurde, die Geld für ein ihnen angeblich gestohlenen Telefon forderten. Borowka und Simonenko sind unter Arrest, Potijtschuk befindet sich im Militärhospital in Krasnoarmejsk.

de.sputniknews.com: **Irans Präsident bietet Biden Zusammenarbeit an und stellt Bedingungen**

Der iranische Präsident Hassan Rohani hat dem designierten US-Präsidenten Joe Biden Zusammenarbeit angeboten und Bedingungen dafür formuliert. Er sprach darüber am Mittwoch im staatlichen Fernsehen.

„Unser Ziel ist es, die Last der US-Sanktionen von den Schultern des iranischen Volkes zu nehmen“, sagte Rohani. Dafür sei sein Land zu Verhandlungen bereit. Bedingung sei jedoch die Rückkehr der USA zum Atomabkommen von 2015. Zudem müssten die vom amtierenden Präsidenten Donald Trump verhängten Sanktionen aufgehoben werden.

„Wir sollten alles tun, um Land und Volk in die Zeit zwischen 2016 und 2017 zurückzuführen,

als der Iran nach dem Atomabkommen und der Aufhebung der Sanktionen einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben durfte“, betonte Rohani.

Seine innenpolitischen Gegner rief der Präsident auf, dies nicht zu sabotieren.

Hardliner und Erzkonservative waren von vornherein gegen das Atomabkommen und Rohanis westlich orientierte Politik. Ihnen wird nachgesagt, dass sie auf Trumps Wiederwahl hofften.

Rohanis Berater Diako Hussein warnte davor, dass Trump versuchen könnte, mit neuen Sanktionen oder anderen „Sabotageaktionen“ seinem Amtsnachfolger die Rückkehr zum Atomabkommen zu erschweren. „Um diese Pläne zu neutralisieren, sollten wir uns bis zur Amtsübernahme der neuen US-Regierung im Januar zurückhalten und uns in den nächsten zwei Monaten nicht provozieren lassen“, sagte Hussein gegenüber der Nachrichtenagentur Isna.

Der Machtwechsel von Trump zu Biden soll in Washington am 20. Januar stattfinden.

Die USA waren 2018 unter Trump aus dem Atomabkommen ausgetreten, das auch mit deutscher Beteiligung ausgehandelt worden war. Es sollte dafür sorgen, dass der Iran sein Atomprogramm nur zu zivilen Zwecken nutzt und keine Atombombe bauen kann. Trump verhängte auch neue Sanktionen gegen den Iran, die das Land in die bisher schwerste Wirtschaftskrise in seiner Geschichte stürzten. In diesem Jahr kam die Corona-Pandemie hinzu.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32081/75/320817528_0:239:3910:2350_1000x0_80_0_1_88b8637054c2ec59e671fff9b99746bd.jpg

deu.belta.by: **Fünfjahresbilanz: Belarus steigert innovative Produktion um das 1,5-fache**

In den letzten 5 Jahren hat Belarus seine innovative Produktion um das 1,5-fache auf \$7,3 Mrd. gesteigert. Das sagte der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Wissenschaft und Technologien Alexander Schumilin zur Eröffnung des „Borissow Innovation Forum 2.0“. Eine positive Dynamik sei auch in Bezug auf andere Innovationsfelder zu beobachten. Die belarussische Industrie hat den Anteil der innovativen Produktion am Gesamtoutput von 13,1% (2015) auf 17% (2020) erhöht. Der Exportanteil der wissensintensiven und hochtechnologischen Produktion ist von 30,9% (2015) auf 38% (2020) geklettert. Die Zahl der Innovationsunternehmen liegt bei 26% (2015: 19,6%). Im Rahmen des fünfjährigen Staatsprogramms für Innovative Entwicklung vergrößerte sich das Produktionsvolumen in innovativen Sektoren um das 4-fache: von Br295 Mio. (2016) auf Br1,2 Milliarden (2019). In dieser Zeit wurden über 10.000 Arbeitsplätze und mehr als 60 innovative Produktionsbetriebe geschaffen oder modernisiert.

„Das Komitee schenkt dem Ausbau der Innovationsinfrastruktur viel Aufmerksamkeit.

Landesweit sind bereits 17 Technologieparks gegründet worden – sie sind Dreh- und Angelpunkte für Knowhow, Entwicklungsprojekte und innovative Ideen“, sagte Schumilin.

„Belarus ist ein Technologiestandort. Hier sind technische Kreativität und Innovationen sehr

gefragt. Es geht aber nicht nur um die Schaffung neuer Technologien, sondern darum, wie man sie in der Wirtschaft effektiv nutzt und wie man durch die Entwicklung und Einsatz wissensintensiver und hochtechnologischer Innovationen eine höhere Wettbewerbsfähigkeit von Belarus erreichen kann“, fügte der Vorsitzende des Komitees hinzu.

Das Staatsprogramm für Innovative Entwicklung sieht für den Zeitraum 2021-2025 in der Region Minsk die Umsetzung von 12 Innovationsprojekten vor.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000021_1605093007_53831_big.jpg

de.sputniknews.com: **Wirksamkeit russischen Impfstoffs „Sputnik V“ auf 92 Prozent beziffert**

Das Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie in Moskau und der Russische Direktinvestitionsfonds (RDIF) haben am Mittwoch in einem Pressestatement Angaben zur Effektivität der Corona-Vakzine „Sputnik V“ publik gemacht.

Demzufolge handelt es sich um Zwischenergebnisse. Insgesamt nehmen an der Recherche 40.000 Freiwillige teil. Das Präparat soll in zwei Etappen mit einem Intervall von drei Wochen verabreicht werden. Bereits mehr als 16.000 Studie-Teilnehmer hätten beide Dosen entweder des Impfstoffs oder des Placebos verabreicht bekommen.

Die Analyse sei 21 Tage nach der Verabreichung der ersten Dose der Vakzine oder des Placebos durchgeführt worden. Es gebe 20 Fälle der Erkrankung an Covid-19.

„Auf der Grundlage der Verteilung der 20 bestätigten Fälle (registriert sowohl in der Kontrollgruppe als auch in der geimpften Gruppe) wurde festgestellt, dass die Wirksamkeit von ‚Sputnik V‘ bei 92 Prozent liegt“, hieß es.

Bis dato seien keine unerwarteten negativen Nebenwirkungen der Vakzine identifiziert worden. Einige Vakzinierte hätten kurzzeitige Nebenwirkungen, wie etwa Schmerzen an der Injektionsstelle, Fieber oder Kopfschmerzen.

Die Studie-Teilnehmer würden noch im Laufe von sechs Monaten beobachtet. Daraufhin werde ein abschließender Bericht vorgelegt. Die Forscher des Gamaleja-Instituts würden die Zwischenergebnisse in einer internationalen von Experten begutachteten Fachzeitschrift veröffentlichen. Nach dem Abschluss der dritten Phase der Tests werde der Zugang zu einem vollständigen Bericht gewährleistet.

Baldige Massenimpfung in Russland möglich

Aus der Sicht von Alexander Ginzburg, dem Direktor des Instituts, zeugen die Zwischenergebnisse von der Wirksamkeit des „Sputnik V“-Serums. Die Veröffentlichung der Daten ermögliche es, in den nächsten Wochen eine Massenimpfung in Russland in die Wege zu leiten.

Der RDIF-Chef Kirill Dmitriev hob die Wichtigkeit einer internationalen Zusammenarbeit zwischen Entwicklern von Impfstoffen hervor. Vakzine sollten über der Politik stehen.

„Die Welt braucht ein diversifiziertes Portfolio von qualitätsreichen Impfstoffen, und die ‚Sputnik V‘-Vakzine, die auf gut erforschten humanen Adenoviren basiert, ist ein wichtiger Teil davon“, hieß es in der Erklärung. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0a/328129329_0:216:2977:1827_1000x0_80_0_1_7c668a050389a27929f053869e51a2e3.jpg

de.sputniknews.com: **Konflikt um Berg-Karabach: Alijew erklärt Aserbaidischans Sieg**
Baku sieht sich nach Angaben des aserbaidisch-anischen Präsidenten Ilham Alijew als Sieger in dem Konflikt um Bergkarabach. Die Kämpfe seien zu Ende.

Die Kreml-Pressestelle bezeichnete zuvor das Ende des Krieges in Bergkarabach als Sieg der Völker Armeniens und Aserbaidischans.

„Das ist ein Sieg der Völker zweier Länder, Aserbaidischans und Armeniens, weil der Krieg zu Ende ist“, erklärte der Kremlsprecher Dmitri Peskow am Dienstag.

Auch nach Angaben der armenischen Regierung sind alle Kämpfe in der zwischen Armenien und Aserbaidischans umkämpften Kaukasusregion aktuell eingestellt worden. Die Lage in der Region sei ruhig, sagte die Sprecherin des Verteidigungsministeriums in Eriwan.

Nach der kürzlich abgegebenen Erklärung von Moskau, Eriwan und Baku über einen Waffenstillstand in Bergkarabach hat Armeniens Premier Nikol Paschinjan seinen Verdruss mit früheren Entscheidungen zum Ausdruck gebracht. Die Entscheidung sei ihm schwer gefallen, doch unter den heutigen Umständen sei das wohl die bestmögliche Lösung, so Paschinjan. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0f/328188095_0:0:3154:1707_1000x0_80_0_1_08c8b07731d2ddfb5ae5d98d56790b45.jpg

de.sputniknews.com: **Moskau und Damaskus beschuldigen USA der Ausbildung von IS-**

Terroristen

US-Instrukteure bilden laut dem Leiter des russisch-syrischen Koordinierungsstabs zur Rückkehr von Flüchtlingen nach Syrien, Michail Misinzew, derzeit rund 30 Gefangene des Lagers Al-Hol in Syrien aus. Das Ziel sei, illegale bewaffnete Formationen durch diese Kämpfer des "Islamischen Staates" zu verstärken.

„Im August bis September dieses Jahres wurde eine bis zu 30 Mann starke Gruppe aus inhaftierten IS-Terroristen gebildet, die in Al-Hol gehalten werden“, sagte Misinzew am Mittwoch zu Beginn einer Internationalen Konferenz zur Rückkehr der Flüchtlinge nach Syrien. Diese Personen nahmen an einem zweimonatigen Sonderausbildungs-Lehrgang unter Leitung amerikanischer Instrukteure teil, so der Leiter des Koordinierungsstabs.

„Jene, die Vorteile aus dieser Situation ziehen wollen, sollten die Weisheit eines arabischen Sprichworts einsehen, das lautet: 'Wer Wind sät, wird Sturm ernten'“, betonte Misinzew. In Syrien gibt es Hunderte von Flüchtlingscamps. Die größten davon befinden sich in Gebieten, die nicht von der Regierung kontrolliert werden. Am bekanntesten sind Rukban und Al-Hol. Russland hat wiederholt an die USA appelliert, diese Lager, in denen eine schwere humanitäre Situation herrsche und Flüchtlinge von radikalen Islamisten ausgeplündert würden, aufzulösen. Washington hat diese Aufrufe ignoriert.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32713/55/327135551_0:227:2161:1396_1000x0_80_0_1_58e98f68e95b0210f1ae5fd9b2bddfa9.jpg

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2: USA planen Sanktionen gegen Versicherer – Medien**

Die USA haben offenbar zusätzliche Sanktionen vor, die das Ostseepipeline-Projekt Nord Stream 2 treffen sollen. Dies meldet am Mittwoch die Nachrichtenagentur Bloomberg unter Berufung auf informierte Quellen.

Die vom US-Repräsentantenhaus und dem Senat vereinbarten Maßnahmen sind demnach gegen Versicherungs- und Zertifizierungsunternehmen, die mit den beim Pipelinebau beteiligten Schiffen zusammenarbeiten, gerichtet und sollen im Entwurf des Genehmigungsgesetzes zur nationalen Verteidigung (NDAA) für das Jahr 2021 zu den derzeitigen Beschränkungen hinzugefügt werden. Das Gesetz soll noch vor Jahresende verabschiedet werden.

Laut der Agentur würden Deutschland und seine Beamten nicht unter die Sanktionen fallen. Gemäß einer neuen Regelung sollen die USA vor der Verhängung der Restriktionen die Verbündeten darüber in Kenntnis setzen.

Sanktionen gegen Unternehmen, die Nord Stream 2 versichern beziehungsweise rückversichern, waren Anfang Juni von den US-Senatoren Ted Cruz (Republikaner) und Jeanne Shaheen (Demokraten) vorgeschlagen worden. Sich in den USA befindende Vermögenswerte der am Bau der Pipeline Beteiligten könnten eingefroren werden. ...

Mil-Inr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**
In den letzten 24 Stunden wurden **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

Gestern wurde im Verantwortungsbereich des 2. Bataillons der 80. Brigade im Gebiet von Stschastje nicht weit vom Passierpunkt eine **Detonation einer Sprengeinrichtung** festgestellt. Infolge der Verletzung der Sicherheitsregeln beim Umgang mit Sprengstoffen starb der Kämpfer Sagarodnjuk. ...

Die ukrainische Seite nutzt weiter den Waffenstillstand, um das frontnahe Territorium zu verminen und setzt dabei von internationalen Konventionen verbotene Antipersonenminen ein.

In den Gebieten von Stschastje, Popasnaja, Krjakowka, Solotoje-4 werden nach wie vor Fälle von Verminung des Territoriums durch Kämpfer festgestellt, was mehrfach in den Berichten der OSZE-Mission bestätigt wird. ...

de.sputniknews.com: **Israels Marine erhält neues Kriegsschiff von Kieler Werft**

Israels Marine hat am Mittwoch das erste von vier neuen Kriegsschiffen auf der Kieler Werft ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) offiziell in ihren Besitz übernommen.

Die Übergabe-Zeremonie für die Korvette „INS Magen“ aus der Sa'ar-6-Klasse sei wegen der Corona-Krise klein organisiert worden.

„Wir sind sehr stolz darauf, zur Sicherheit Israels beizutragen“, so TKMS-Chef Rolf Wirtz. Die restlichen Schiffe soll Tel Aviv nächstes Jahr bekommen. Die Bewaffnung soll in Israel montiert werden. Die Schiffe würden vor allem für den Schutz von Gas-Förderplattformen im Mittelmeer benutzt. Rund 70 Prozent des Stroms im Land wird aus Gas von Feldern vor der Küste gewonnen.

Der Vertrag für die Schiffe sei im Mai 2015 unterzeichnet worden. Die bestellten Korvetten mit Tarnkappentechnik sind 90 Meter lang und 13 Meter breit. Sie haben eine Wasserverdrängung von 1900 Tonnen. Das Schiff könne etwa 80 Besatzungsmitglieder haben. Deutsche Rüstungslieferungen nach Tel Aviv sind wegen des Nahost-Konflikts umstritten. Regierungssprecher Steffen Seibert hatte jedoch diese Lieferungen mit der besonderen Verantwortung Deutschlands für Israel begründet. Die Bundesregierung finanziert nach früheren Angaben des Verteidigungsministeriums mit 115 Millionen Euro etwa ein Drittel des Geschäfts.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/30227/42/302274264_0:132:2000:1214_1000x0_80_0_1_b7b2bf5c16ac4e93570984f3f333bc6a.jpg

de.sputniknews.com: **„Man darf nicht stillstehen“: Putin fordert Entwicklung nuklearen Kontrollsystems**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat bei einem Treffen am Mittwoch auf die Notwendigkeit hingewiesen, auch in Zukunft vielversprechende Kontrollsysteme für die russischen Nuklearstreitkräfte zu entwickeln. Bei diesem Thema darf man ihm zufolge nicht stillstehen.

„Es ist notwendig, die Entwicklung der vielversprechenden Kontrollsysteme für die strategischen Nuklearstreitkräfte fortzusetzen. (...) Egal wie modern und fortschrittlich sie heute sein mögen, man darf nicht stillstehen. Sie und ich verstehen das sehr gut. Man muss darüber nachdenken, was morgen und übermorgen passieren wird“, sagte Putin bei einem Treffen mit Führungskräften des Verteidigungsministeriums, mit Leitern der föderalen Behörden und Unternehmen der Verteidigungsindustrie.

Zudem betonte er, dass die Wirksamkeit der Hauptkomponenten der Kontrollsysteme für die strategische Atomstreitmacht bei den Kommandostabsübungen und anderen Veranstaltungen ständig überprüft werden sollte.

Putin gab auch die Schaffung einer neuen Kommandozentrale für die strategischen Nuklearstreitkräfte Russlands bekannt.

„Es ist wichtig, dass alle Anlagen, Technik und Kommunikationen von Kontrollsystemen für die strategischen Nuklearstreitkräfte weiterhin modern, einfach und zuverlässig sind, wie bei einem Kalaschnikow-Sturmgewehr, dass sie konsequent und planmäßig aktualisiert werden und auf den fortschrittlichen einheimischen Technologien sowie technischen Lösungen basieren“, so der russische Präsident.

Ihm zufolge wird die Kommandozentrale „wirklich einen absoluten“ Schutz haben.

Putin betonte, dass das russische Atomwaffenkontrollsystem über besondere Beständigkeit verfügen müsse. Diese Eigenschaft müsse auch dann erhalten bleiben, wenn der Gegner einen Angriff durchführen sollte.

Kurz davor hatte der russische Staatschef erklärt, dass sein Land die eigene Atomstreitmacht angesichts der gegenwärtigen militärpolitischen Risiken weiter modernisieren werde. Dabei gab er an, dass der Anteil der modernen Waffen in den strategischen Nuklearstreitkräften bereits 82 Prozent betrage.

Die staatliche Politik im Bereich der nuklearen Abschreckung sieht vor, dass der Einsatz von Atomwaffen im Fall eines Angriffs auf Russland möglich ist. Putin nannte Atomwaffen eine extreme und außerordentliche Maßnahme zum Schutz der nationalen Interessen.

Zuvor erklärte er, dass das Rüstungskontrollsystem in der Welt nicht mehr richtig funktionieren würde. Auch das Schicksal des New-START-Vertrags (Vertrag zur Verringerung strategischer Atomwaffen, auch als Start-III-Vertrag bekannt) bleibe unklar, hieß es. ...

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Kommentar des Oberhaupts der DVR Denis Puschilin bezüglich der Lage an den Kontroll- und Passierpunkten

Am Mittwoch, dem 11. November, kommentierte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin die einseitige Öffnung von KPP im Donbass durch Kiew.

„Wir stellen provokative Aktivitäten von Seiten der Ukraine fest. Einer der letzten Provokationen ist die angebliche Öffnung aller KPP an der Kontaktlinie, was nicht den derzeitigen Realitäten und der Epidemiestatistik auf dem Territorium der Ukraine entspricht. Dort gibt es praktisch täglich „Rektors“, in der „roten Zone“ sind bereits Ugledar, Kramatorsk, Slawjansk und andere Städte der Donezker Oblast, die von der Ukraine kontrolliert werden, außerdem unterstützt einen Mangel an Betten in Krankenhäusern in keiner Weise gerade jetzt die Öffnung der KPP an der Kontaktlinie.

Wir sehen, dass alle umliegenden Ländern ihre Grenzen zur Ukraine gerade wegen der epidemiologischen Situation geschlossen haben. Kiew selbst hatte KPP geschlossen, als die Epidemiestatistik weitaus besser war als jetzt.

Solche Schritte sind ein zynischer Hype von Seiten Selenskijs. Diese Frage wurde nicht im Rahmen der Kontaktgruppe abgestimmt, deshalb können solche einseitigen Schritte zu nicht

wieder gut zu machenden Folgen führen.

Leider stellen wir fest, dass eine solche unbedachte und zynische Politik Selenskij noch schlimmer ist als die Politik bei Poroschenko“, unterstrich Denis Puschilin.

de.sputniknews.com: **Russischer Corona-Impfstoff „Sputnik V“: EU soll keine Daten zur Wirksamkeit erhalten haben**

Die Europäische Union (EU) hat keine Daten über die Wirksamkeit des russischen Impfstoffs "Sputnik-V" gegen das neuartige Coronavirus erhalten, teilte eine EU-Quelle gegenüber Reportern in Brüssel am Mittwoch mit.

„Wir haben keine Informationen über russische oder andere Impfstoffe erhalten. Für die EU steht die Sicherheit an erster Stelle. Dies kommt nicht in Frage. Die Daten über die Sicherheit stammen aus dem transparenten Informationsaustausch. Wir hoffen, dass diese Zahl - 92 Prozent - bestätigt wird, aber zum jetzigen Zeitpunkt haben wir solche Informationen nicht erhalten“, zitiert die Agentur RIA Novosti die Quelle.

Zuvor hatten das Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie in Moskau und der russische Direktinvestitionsfonds (RDIF) Angaben zur Effektivität des Corona-Impfstoffs „Sputnik V“ veröffentlicht. Demnach handelt es sich um Zwischenergebnisse. Insgesamt nehmen an der Recherche 40.000 Freiwillige teil. Das Präparat soll in zwei Etappen mit einem Intervall von drei Wochen verabreicht werden. Die Analyse sei 21 Tage nach der Verabreichung der ersten Dose des Impfstoffs oder des Placebos durchgeführt worden. Es gebe 20 Fälle der Erkrankung an Covid-19.

„Auf der Grundlage der Verteilung der 20 bestätigten Fälle (registriert sowohl in der Kontrollgruppe als auch in der geimpften Gruppe) wurde festgestellt, dass die Wirksamkeit von ‚Sputnik V‘ bei 92 Prozent liegt“, hieß es. ...

de.sputniknews.com: **Warschauer Polizei setzt Tränengas und Waffen gegen Demonstranten ein**

Am polnischen Unabhängigkeitstag hat die Polizei am Mittwoch nach Angaben eines Sputnik-Korrespondenten Tränengas gegen Teilnehmer einer nationalistischen Demonstration in Warschau verwendet. Darüber hinaus sollen laut den Ordnungshütern Waffen eingesetzt worden sein.

Die Kundgebung mit Tausenden Beteiligten ist der Befreiung des Landes nach mehr als einem Jahrhundert der Teilung durch Österreich-Ungarn, Deutschland und Russland gewidmet. Die Veranstaltung fand entgegen dem Verbot der polnischen Behörden statt, die wegen der Corona-Pandemie die Durchführung großer Demos untersagt hatten.

Wie die Warschauer Polizei auf Twitter bekanntgab, sei es am Mittwoch zu Auseinandersetzungen zwischen Beamten und Demonstrierenden gekommen, es gebe Verletzte.

„Mehrere Polizisten wurden verletzt. Es werden Mittel eines direkten Zwangs angewendet, darunter auch Pfefferspray und im Einzelfall Glatthohrmaschinen“, hieß es.

Beamte riefen die Kundgebungsteilnehmer mehrmals auf, auseinanderzugehen, und versuchten, den Marsch zu blockieren. Polizisten mit Schilden stellten sich den Demonstranten in den Weg. Jene bewarfen die Ordnungshüter mit unterschiedlichen Gegenständen, darunter Pyros.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/0b/328385769_0:383:3077:2048_1000x080_0_1_af137925dcc65472d368142e05b9ebf4.jpg

abends:

de.sputniknews.com: **Nach Einigung über Bergkarabach: Demonstranten in Eriwan stellen Paschinjan Ultimatum**

Nachdem Russland, Aserbaidschan und Armenien eine Vereinbarung über die Einstellung des Feuers in der Konfliktzone Bergkarabach unterzeichnet haben, haben Demonstranten in der armenischen Hauptstadt Eriwan am Mittwoch dem Premierminister Nikol Paschinjan aus Protest gegen das Friedensabkommen mit Baku ein Ultimatum gestellt.

„Wir geben Paschinjan Zeit zum Rücktritt und fordern auch die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Parlaments zu diesem Thema“, erklärte Ischchan Sagateljan, ein Vertreter des Obersten Gremiums der „Armenischen Revolutionären Föderation – Daschnakutjun“.

Andernfalls würden die Organisatoren der Kundgebungen um 00:30 Uhr (Ortszeit) eine Pressekonferenz abhalten, bei der sie versuchen würden, die Frage des Rücktritts von Paschinjan bis zum nächsten Abend zu klären.

Wie Sagateljan feststellte, wollen die Vertreter der Opposition eine Erschütterung vermeiden, obwohl sie zuversichtlich seien, dass die Bürger in der gesamten Republik an den Aktionen des Ungehorsams teilnehmen würden. Zudem warnte er die Behörden vor Massenfestnahmen und betonte, dass dies ein „großer Fehler“ sein werde.

Zuvor versammelte sich die Opposition in der Nähe des Parlaments und auf dem Freiheitsplatz und rief die Parole „Nikol ist ein Verräter“.

Am Tag zuvor forderte der Kommandeur der Freiwilligengruppe „Arabo“, Manwel Jegiasarjan, die Abgeordneten dazu auf, ins Parlament zu kommen und mit der Aufhebung des von Paschinjan unterzeichneten Abkommens zu beginnen. Es war auch berichtet worden, dass die Oppositionspartei „Wohlhabendes Armenien“ Unterschriften sammeln wolle, um eine außerordentliche Sitzung des Parlaments einzuberufen, um Eriwans Teilnahme an der neuen Vereinbarung über Bergkarabach abzusagen.

Laut Sputnik-Angaben müssen dafür 33 Unterschriften gesammelt werden. 67 Stimmen sind nötig, um ein Quorum zu gewährleisten. Die Partei „Aufgeklärtes Armenien“ hat 17 Mandate, die Fraktion der Partei „Wohlhabendes Armenien“ besitzt 26 Mandate. Also sind auch die Stimmen der Mitglieder des Blocks „Mein Schritt“ von Paschinjan erforderlich. ...

deu.belta.by: **UN-Vollversammlung nimmt belarussische Resolution über Verbot neuer Massenvernichtungswaffen an**

Auf die Initiative der Republik Belarus nahm erster Ausschuss der 75. UN-Vollversammlung die Resolution „Über das Verbot der Entwicklung und Herstellung neuer

Massenvernichtungswaffen: Bericht der Abrüstungskonferenz“ mit absoluter Mehrheit an. Das teilte der Pressedienst des belarussischen Außenministeriums mit.

„In der Resolution, die einen vorbeugenden Charakter hat, bestätigen die UN-Mitgliedsstaaten die Notwendigkeit, effiziente Maßnahmen zur Verhinderung der Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen zu ergreifen. Das Potenzial der UN-Abrüstungskonferenz wird dabei genutzt. 35 Staaten sind Mitverfasser der belarussischen Resolution. Sie vertreten alle Regionen der Welt, was vom allumfassenden und universellen Charakter des Dokuments zeugt“, hieß es aus der Mitteilung.

Erster Ausschuss der UN-Vollversammlung nahm auch im Konsensus die auf belarussische Initiative vorgelegte Resolution „Bericht der Abrüstungskonferenz“ an. Die Resolution fasst die Arbeitsergebnisse der Konferenz vom vorigen Jahr zusammen und unterstreicht ihre Rolle als einziges multilaterales Forum für Abrüstung.